

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/45
7. März 1977

CDU mogelt sich um Diskussionsprozeß herum

Kennzeichnende Verfahren und Inhalte des CDU-Parteitages

Von Willy Brandt
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Seite 1 / 44 Zeilen

Auf der Suche nach neuen Aufgaben

Zur Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares
Deutschland

Von Günter Markscheffel

Seite 2 und 3 / 74 Zeilen

Bombastische Versprechungen

Realisierungsvorschläge bleiben Fehlanzeige bei der
CDU-Frauenpolitik

Von Heide Simonis MdB

Seite 4 / 27 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressenhaus 1, Zimmer 317-226
Telefon: 21 80 28/29
Telex: 08 88 045-43 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

CDU magelt sich um Diskussionsprozeß herum

Kennzeichnende Verfahren und Inhalte des CDU-Parteitag

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Was vorher keine Liebe zu Deutschland war, kann jetzt schwerlich zur Verantwortung für alle Deutschen reifen. Das zeigt sich sowohl im Verfahren wie in den Inhalten, die den CDU-Parteitag kennzeichnen.

Diesem Parteitag ist kein ehrlicher und breiter Diskussionsprozeß vorangegangen. Er ist aus dem Hut gezaubert. Eine auf den Parteitag hinführende ehrliche und breite Diskussion ist von der politischen Führung der CDU nicht gewagt worden, von den verschiedenen Flügeln und Interessengruppen der Oppositionsparteien wurde er auch nicht gewollt. So wird man in Düsseldorf etwas vorgeführt bekommen, auch mit Hilfe von ehrenwerten Professoren, während unser Volk hätte erwarten können, daß die große Oppositionspartei sich öffentlich der Mühe unterzieht, lebenswichtige Fragen durchzuarbeiten und gemeinsam getragene Vorschläge zur Lösung zu unterbreiten. Stattdessen erleben wir endlose persönliche Streitigkeiten, nur leicht dadurch gemildert, daß sich Herr Strauß nach Afrika begeben hat. Wir sehen vor allem, daß die Uneinigkeit über wichtige Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik durch unfruchtbare Bekundungen einer Totalgegnerschaft überspielt werden. Von den Aufgaben einer soliden, konservativen Opposition ist dies weit entfernt.

Es überrascht nicht, daß als Schwerpunkt der Düsseldorfer Veranstaltung die sogenannte Deutschlandpolitik herhalten muß. Wer sich das Lager der Opposition genauer ansieht, erkennt, daß die verschiedenen Flügel und Gruppen nur in einem Punkt leicht zu einigen sind: jedes Thema aufzugreifen, wenn es geeignet erscheint, Emotionen in Gang zu setzen und die Chancen zur Wiedergewinnung der Macht ein wenig zu verbessern.

Das aber ist das eigentlich Beunruhigende am Verhalten der Opposition als einem wichtigen Teil unserer demokratischen Ordnung: Ähnlich wie früher mit viel starken Worten von der Wiedervereinigung geredet und wenig getan wurde, womit man den Menschen in beiden Teilen Deutschlands weitergeholfen hätte, so wird auch heute wieder gruppen- und machtpolitisch gestritten, ohne daß die Menschen im anderen Deutschland etwas davon haben. In der Substanz ist das Thema Deutschlandpolitik für führende Kräfte der CDU nichts weiter als eine Verfügungsmasse, egal ob sie sich ins nationalistische Abseits entläßt oder sich mit Schalmelientönen dem kleineren Koalitionspartner anzubiedern versucht.

Der CDU fehlt die politische Kraft zu einer echten Neuorientierung in der Deutschland- und Ostpolitik. Sie versucht sich deshalb um einen breiten und ehrlichen Diskussionsprozeß, so wie ihn seinerzeit die Sozialdemokraten in bezug auf die Bündnispolitik geführt haben, herumzuzumgeln. Erst wenn die Unionspartei diesen, gewiß schmerzhaften, Klärungsprozeß nachvollzieht und denen in ihren eigenen Reihen eine ernsthaftige Chance gibt, die das bis heute vergeblich versuchen, wird sie zu einem verantwortungsfähigen Partner. Dies gilt übrigens auch und gerade im europäischen Zusammenhang. (-/7.3.1977/bgy/ja)

+ + +

Auf der Suche nach neuen Aufgaben

Zur Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland

Von Günter Markschaffel

Wer die Jahrestagungen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland seit seiner Gründung miterlebte und auch sonst seine Aktivitäten verfolgt, gewann am vergangenen Wochenende in Berlin den Eindruck, daß alle Beteiligten - die Vertreter der Parteien und die aus den Bundesländern angereisten Kuratoriumsmitglieder - gerade jetzt in der für die Deutschen in beiden deutschen Staaten schwierigen Situation bemüht sind, sich neuen Aufgaben zu stellen. Allzuvielen alte Vorstellungen und mehr oder weniger inhaltreiche Deklamationen geistern immer noch um einen Begriff herum, den man verallgemeinernd "Deutschlandpolitik" nennt.

So konnte es denn auch nicht ausbleiben, daß die Vertreter der Parteien und der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, zunächst Erklärungen abgaben, die man aus den Bundestagsdebatten der letzten Jahre kennt. Allerdings wurden hierbei Töne hörbar, die schon zur Seltenheit gehören. So wurde zum Beispiel von den Vertretern der Opposition anerkannt, daß die seit dem Abschluß des Grundlagenvertrages erreichten menschlichen Erleichterungen, die Begegnung von Millionen Deutschen, der relativ reibungslose Verkehr nach und von West-Berlin, die Erweiterung des Telefonnetzes und die Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr, einen Fortschritt darstellen, den niemand gefährden will.

Bei der Frage jedoch, wie weitere Fortschritte erzielt werden könnten, wurden die Gegensätze zwischen Koalition und Opposition wieder spürbar, obwohl die These des Bundesministers Franke und seiner Parteifreunde, der Bundestagsabgeordneten Bruno Friedrich und Kurt Mattick, unbestritten blieb, daß man im Interesse des Zusammenhaltes aller Deutschen das Erreichte nicht aufs Spiel setzen dürfe. Für diese Forderung erhielt übrigens Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz in seiner kurzen Ansprache den stärksten Beifall.

Die eigentliche Problematik dieser Kuratoriumstagung wurde deutlich, als man von der "Nation der Deutschen" oder von der "deutschen Nation" zu reden begann und außerdem noch zu ergründen suchte, welches Deutschlandbild die junge Generation heute habe bzw. vermittelt bekomme. Ohne es zuzugeben, fand man sich da sehr bald in einer Sackgasse. Juristische Definitionen oder mit Hinweisen auf das Grundgesetz sagen zu wollen, was heute "die Nation der Deutschen" sei, wurden schnell aufgegeben. Was blieb, war die Hoffnung auf ein vereintes Europa, in dem Deutschland eine Rolle zu spielen habe.

Ganz schwierig wurde es, als man von der jungen Generation in beiden deutschen Staaten sprach. Da mußten sich die meisten älteren Kuratoriums-

mitglieder sagen lassen, daß die nach 1950 Geborenen mit den früher gängigen, die Nation charakterisierenden Worten nur recht wenig anzufangen wüßten. Ein jüngerer Diskussionssteilnehmer sagte schließlich, er habe aufgehört, wie junge Menschen auf den DDR-Banden Biermann reagiert hätten, als er in einem seiner Lieder meinte, es müsse "hier wie dort" einiges geändert werden. Und als ein Diskussionsredner fragte, was man von den Leuten halte, die verlangten, Biermann solle in die DDR zurückgeschickt werden, erklärte CDU-MdB Gradl: "Ger nichts, auch ein kommunistischer Deutscher ist für mich ein Deutscher".

Enttäuschend war die Ansprache des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Richard von Weizsäcker. Von ihm hatte man vor Beginn der Tagung behauptet, er werde so etwas wie einen deutschlandpolitischen Brückenschlag zur Koalition suchen. Daraus wurde leider nichts; vielleicht mit Rücksicht auf den Parteitag der CDU. Auch der Vorsitzende des Geschäftsführenden Kuratoriumspräsidiums, CDU-MdB Dr. Johann Baptist Gradl, sprach zwar einige Worte über die notwendige Gemeinsamkeit in der Deutschlandpolitik, gab aber nicht deutlich zu erkennen, ob sich seine Partei zu den Verträgen bekennt, durch die für Millionen Deutsche das Einander-Näherkommen erst ermöglicht wurde.

Natürlich spielte auch die Schlußakte von Helsinki und die in den Ostblockländern sich entwickelnden Bürgerrechtsbewegungen in der allgemeinen Diskussion eine Rolle. Hier konnten die SPD-Abgeordneten Mattick und Friedrich zurecht darauf hinweisen, daß die Zustimmung der Bundesregierung zur Schlußakte der KSZE gerade von jenen bekämpft und abgelehnt worden sei, die heute den sich auf Helsinki berufenden Bürgerrechtlern in den Ostblockstaaten stärksten Beifall zollen.

Die von mehreren Kuratoriumsmitgliedern gelobte Möglichkeit, im Rahmen der Kuratoriumsarbeit auch unterschiedliche Meinungen auszutragen zu können, wirkten wie eine Beschwörung zur Erhaltung der Institution selbst. Ungeteilten Beifall fand dagegen die Forderung Matticks, man solle in Zukunft die ohne Zweifel bestehenden Meinungsverschiedenheiten offen ausdiskutieren, anstatt zum Teil langatmige und vorbereitete "Standpunkte" vorzutragen. An diesem Punkt der Veranstaltung wurde klar, daß das Kuratorium Unteilbares Deutschland sich neue Aufgaben stellen muß - auch in der Konstruktion seiner Arbeitsweise -, wenn es dem Anspruch auch in Zukunft gerecht werden will, konstruktiv an der Deutschlandpolitik mitzuarbeiten.

(-7.3.1977/kr/ja)

+ + +

Bombastische Versprechungen

Realisierungsvorschläge bleiben Fehlanzeige bei der CDU-Frauenpolitik

Von Heide Simonie MdB

Mit Worten läßt sich vortrefflich Politik machen, zumal wenn Probleme der Frauen und der Familie herhalten müssen, um die augenblickliche "Ratlosigkeit" der Regierung zu brandmarken. Wenn die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Helga Wex, es als "skandalös" bezeichnet, wenn neue Wege zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Frauenarbeitslosigkeit, gesucht werden müssen und die beauftragten Ministerien neue Konzepte entwickeln wollen, so verkennt Frau Wex, daß in einer freien Marktwirtschaft Kündigungen und Einstellungen immer noch Sache der "freien Unternehmen" sind und nicht per Staatsdekret verordnet werden können.

Wer sorgfältig die Reden des jetzigen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Kohl vor der Wahl gelesen hat (sei es in der "Brigitte", sei es in anderen einschlägigen Zeitschriften), erinnert sich sicherlich noch an die vielen unterschiedlichsten Versprechen, die den Frauen gemacht wurden. Von der Partnerrente bis zum Hausfrauengehalt, von dem Versprechen, vier Frauen ins Kabinett zu berufen, bis zur Anhebung des Kindergeldes, von besseren Bildungschancen über einen weiteren Warenhauskatalog war alles enthalten, um Frauenherzen höher schlagen zu lassen. Daß Strauß bereits im Wahlkampf unbarmherzig alles dies aus dem Wahlprogramm herausstrich, wird verschämt verschwiegen. Daß von Seiten der CDU/CSU keinerlei konkrete Vorschläge zur Realisierung dieser bombastischen Versprechungen gemacht werden, ja daß sogar über die Zustimmungsverweigerung zur Erhöhung der Mehrwertsteuer der Regierung die Mittel genommen werden, um beispielsweise das Kindergeld zu erhöhen oder Familienstandsdarlehen zu gewähren, scheint ebenfalls von der Opposition als unerheblich angesehen zu werden.

Bisher mußte noch jede Verbesserung für Frauen gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU erstritten werden, wie sicher auch noch Frau Dr. Wex sich erinnern wird.

(-/7.3.1977/kr/ja)

+ + +